

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang
Dresden, Dienstag den 10. Mai 1932 Nummer 108

Schlecht will mit Erklärungen die Erwerbslosen abspülen

Neue Protestaktionen gegen den Hunger

Regierungserklärung verbietet Unterstützungszahlung . Kampfhandlungen der Erwerbslosen

Veranlaßt durch die Kundgebungen der Wohlfahrtsleistungserwerbslosen, hat die Schiedsregierung heute eine Erklärung veröffentlicht, die den Klagen der Wohlfahrtsleistungserwerbslosen zeigt, daß sie von dieser Stelle aus auch um ihre letzten Hungergrößen gepöbelt werden sollen. In der Erklärung heißt es:

"In einzelnen ländlichen Orten, namentlich in der Stadt und im Landbezirk Chemnitz, sind wegen der Herabsetzung der Fürsorgeleistungen von radikaler Seite Schwierigkeiten und Unbehörden verursacht worden. Man verlangt insbesondere einen Druck auf die öffentlichen Gemeindevwaltungen auszuüben, daß diese die Unterstützungen nach den bisherigen Sägen ausfallen. Die einzelnen Gemeinden handeln nach bindenden Anweisungen der Kreishauptmannschaft, die wiederum von der Regierung den entsprechenden Auftrag erhalten haben. Es ist wohl hinreichend bekannt, daß die Zahl der Unterstüzungsempfänger ständig steigend ist und daß die Fürsorgeverwaltungen die Unterstüzungslasten mit erheblicher Reichshilfe tragen können."

Die Reichsregierung hat die Gesamtsumme der Beihilfen für Mai um 2,5 Millionen Mark gegenüber April gesenkt. Schon dadurch macht sich zwangsläufig eine Herabsetzung der Richtigkeitszahl nötig, wenn überhaupt noch einigermaßen gleichmäßig und pünktlich gezahlt werden soll.

Sollten einzelne Verwaltungen sich bewegen lassen, mehr zu zahlen, als die Anordnungsgemäß zahlen dürfen, so können sie keinesfalls mit einer Erhöhung der ihnen zugewiesenen Beihilfe rechnen."

Nach dem Willen der Schiedsregierung sollen also die Erwerbslosen verhungern, weil Reich und Länder die Sozialleistungen immer mehr kürzen, damit gewaltige Summen für Militär, Polizei, Justiz und Kirche zur Verfügung stehen. Hier steht das kapitalistische System, das von der SPD mit allen Mitteln gestützt wird, sein wahres Gesicht. Die Erhebung von Millionen von Arbeits- und Berufslosen wird vernichtet, Hunger und Krankheiten verlaute die Bevölkerung, damit der herrschenden, verlaute die Kapitalisten leben kann.

Für die arbeitende Klasse gibt es nur einen Ausweg aus Hunger, Not und Elend, nur einen Weg der die Sicherung ihrer Existenz gewährleistet. Das ist der Sozialismus, wie er in Sowjetrußland verwirklicht wird.

In einheitlicher Front muß sich die Arbeiterklasse zusammenschließen, um jeder weiteren Verelendung Einhalt zu gebieten und den Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland aufzunehmen.

Bauern Fürsorgearbeiterstreik

Raunau, den 10. Mai 1932. (Eig. Bericht).

Selbstern traten die Fürsorgearbeiter in den Streik, nachdem für einen Kampfausschuss gewählt und ihre Forderungen an die Stadtverwaltung aufgestellt hatten. Am den einzelnen Arbeitstätten wurden Streikposten aufgestellt.

Bereits am Freitag herrschte eine ungeheuere Empörung, als den Fürsorgeempfängern die Unterstüzung auf Anweisung der Kreishauptmannschaft vollständig gestrichelt wurde. Der KPD wurde die Empörung ablenken und bereit für den Nachmittag eine Versammlung ein. In dieser Versammlung, zum größten Teil aus arbeitslosen Gemeindefunktionären, ergaben sich die Forderungen nach der Unterstüzung und letzten den Antrag, den Unterstüzungsausschuss am Montag mit dem Streik zu beauftragen. Die Gemeindefunktionäre versuchten vergeblich, ihre Mitglieder auf parlamentarische Verhandlungen zu verstellen. Gegen fünf Stimmen wurde der Streik beschlossen, der dann getrennt auch durchgeführt wurde. Die Bauern versuchten den Streik durch zu organisieren, indem sie ein Flugblatt herausgaben, in dem sie die Wohlfahrtsleistungserwerbslosen auffordern, sich nicht zu unerschwinglichen Handlungen hinlassen zu lassen. Diese Forderungen haben aber unüberhörbar auf Seiten des kapitalistischen Staates, in dessen Interesse es den Kampf der Erwerbslosen um das tägliche Brot abwürgen wollen.

Hungerprotestaktion in Leipzig

Wohlfahrtsamt zertrümmert

Unter Leipziger Arbeiterorganen, die Sachsen Arbeiterzeitung, meldet in ihrer Montagausgabe:

Leipzig, 9. Mai.

Seit heute früh, in der 18. Stunde, kam es auf der Wohlfahrtskassa IV in Leipzig-Stadt zu einer Protestkundgebung gegen die neuen Hungerpläne. Es waren mehr als 600 Erwerbslose erschienen, als ein Erwerbsloser eine Halbsprache hielt - und die Erwerbslosen aufstrebten, gegen den ungeschickten Versuch der Beamten, die Menge zu zerstreuen. Der Redner wies auf die Mißstände der Behörde, die die Arbeiter, die Hunger usw. hat. Darauf begann ein großer Teil der Erwerbslosen zu rufen und verlangte die Herabsetzung der alten Sägen. Als dem nicht nachgegeben wurde, ging ein Teil der Arbeiter in die Kassa. Kurz darauf erschienen ein Überfallkommando und räumte die Wohlfahrtskassa. Die weitere Auszahlung der Unterstüzung wurde eingestellt.

Um möglichsten Weg, von der Wohlfahrtskassa, bildeten sich größere erregte Erwerbslostruppen, aus denen die Rufe entstanden: "Wir haben Hunger, wir fordern Arbeit und Brot - streiken mit der Schiedsregierung!" Gegen 2.30 Uhr verließen sie den Eingang zur Kassa durch eine Vorhalle, indem sie einen

Museinanderetzung in Weissen

Erwerbslose im Kampf gegen Zwangsermittlung

Nachdem es bereits am Freitag bei der Auszahlung der gestrichelten Wohlfahrtsunterstüzung zu lebhaften Auseinandersetzungen vor dem Wohlfahrtsamt gekommen war, u.z.m.a. gerieten die Hilfsarbeiter gestern früh die Wahlsägen der Arbeit. So kam es zu größeren Auseinandersetzungen, gegen die die Polizei vorging.

Am Freitag forsetzten die Arbeitslosen in einer gut beleuchteten Versammlung die sofortige Einberufung des Stadtobersternkomitees und die Nichtdurchführung der Umstellung der Kreishauptmannschaft, die Wohlfahrtsleistungen zu kürzen. In der Versammlung wurde gleichzeitig die Erwerbslosenkundgebung vorbereitet.

Der der Wohnung eines Erwerbslosen, der ergriffen worden sollte, versammelten sich gestern zahlreiche Arbeitslose. Der Kreishauptmann ließ sich in Begleitung von zwei Polizeibeamten die Möbel auf die Straße schaffen. Die Erwerbslosen transportierten sie kurz entschlossen in die Wohnung zurück. Dieses Spiel wiederholte sich verchiedene Male, bis der sozialdemokratische Polizeikommandant ein Überfallkommando schickte, das mit dem Kommando gegen die Arbeitslosen vorging. Unter dem Druck der Versammlung teilte sich die Stadtverwaltung gezwungen, dem Ermittler sofort eine andere Wohnung zur Verfügung zu stellen.

Bereits am Sonnabend gelang es nach Abschluß einer auf dem Meißener Platz stattgefundenen Versammlung, nach den Meinungen der bürgerlichen Presse, großen Gruppen von Demonstranten sowohl die Kommunisten als auch den Eingang zur Innenstadt - trotz aufsehender Polizeiforende - zu durchbrechen und ins Innere der Stadt einzubringen. Als es der Polizei gelangen war, die Anmahlungen an Richard-Wagner-Platz auseinanderzutreiben, waren andere große Trupps bereits durch die Polizei nach dem Markt und von dort nach dem

Reichstag hinter Polizeirettungen

Finanzminister Dietrich stellt den Bankrott fest . Breitfied plädert für Koalition
Genosse Schneller rechnet mit den Kriegstreibern ab

Berlin, 10. Mai 1932

Der Reichstag hat gestern begonnen. Die Sozialisten und bürgerlichen Parteien unter den Banken. Die Abgeordneten am Reichstag haben sich zu den Erwerbslosen und den Arbeitern, die den Reichstag der Finanzminister und Finanzminister Dietrich, der ein Beispiel für die soziale Hilflosigkeit war, mit der die Regierung nur den Kampf der arbeitenden Klasse führt.

Nach vermonatiger Auszahlung begann eine kurze Lausungsperiode von drei Tagen. Der Einbruch der Reichsoberverhandlungen wurde immer mehr dem gesamten politischen System. Die Demokratie und Parlamentarismus in Deutschland schon seit Jahren auf dem Aussterbeweg sind, weil jeder, aber immer deutlicher zeigt sich jetzt auch - daß selbst der Reichstag, durch lächerliches parlamentarisches Theater den Willen des Volkes einer Volksoberverfassung vorzuziehen, seinen Erfolg mehr hat. Wer die Rede des Finanzministers Dietrich hörte, mußte den Eindruck haben, daß aus den Worten dieses hohen Finanzbeamten der Brüningregierung nichts anderes, als

das widerwärtige Eingeständnis vom Bankrott der kapitalistischen Regierungslinie

sprach. Dietrich räumte einige trübfeste Zahlen hinunter. Kein Reich mehr! Die wenigsten Abgeordneten machten überhaupt den Versuch, zuzuhören.

Die Kommunisten charakterisierten in einem einzigen Jubelruf den Finanzminister und seine Rede:

"Jetzt spricht der Kondamnierte!"

Der Finanzminister stellte fest, - was auch so jeder weiß - daß der Reichstag im Reichsbankrott immer größer wird. Er schloß selbst den Reichtum mit über dreihundert Milliarden Reich und als Genosse verzog ihm den Mund zu einem grünen Lächeln. "Was geht mich das an, ich bin doch kein Oberbürgermeister". Diese Reaktion zeigte sich auch in den Reichstagen, die Dietrich machte. Besser gesagt, er machte gar keine Vorschläge, denn der Reichstag

Reichsregierung zum Zwecke der Arbeitbeschaffung ist doch höchstens ein Plan zur weiteren Verelendung einiger Schwerepunkte und zur Verhinderung einer wirtlichen Arbeitbeschaffung.

Der Sozialdemokrat Breitfied machte einige wertvolle Eingeständnisse. Als die Nationalsozialisten ihn einmal Zwischensatz machten, antwortete Breitfied: "Ihr könnt euch doch nicht freuen, daß wir Novemberrevolutionäre vom Jahre 1918 das Elend verhinderten, denn laßt mich hier doch auch nicht hier liegen." Die Kommunisten antworteten diese richtige Feststellung mit dem Jubel: "Ja, ja, ihr habt die Revolution niedergebissen und die Nazis großgehört."

Unter kühnen Zurschauren der Kommunisten erklärte dann Breitfied ausdrücklich wörtlich:

"Rein Reich wird den Nationalsozialisten den Anteil an der Regierung vermehren können, wenn sie sich mit anderen Parteien darüber in einer Koalition einigen."

In so unerschütterlicher Weise gab der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsopposition zu erkennen, daß die sozialdemokratischen Führer nichts gegen die Regierungübernahme der Nationalsozialisten einzuwenden haben. So demokratisierte Breitfied selbst den "Kampf" der SPD-Führer gegen den Faschismus.

Von den Nationalsozialisten merkte man fast überhaupt nichts. Stumm saßen sie auf den Bänken und mochten angeheißt der Regierungserbennummern nicht einmal mehr einen Zwischenruf bei der Dietrichrede. Sie mußten förmlich zum Sprechen gezwungen werden. Ihr Redner Kerndorfe bemühte sich eine halbe Stunde lang, einige Worte zu sammeln. Endlich der unpolitische Jubel rührte an, daß es bereits eine stille Koalition der Nationalsozialisten gab.

Für die Kommunisten sprach Gen. Schneller. Was unter Genosse sagt, das war das, was Millionen Arbeiter in Stadt und Land als ihre Sprache empfinden. Das war der Mut der getriebenen und hungernden Arbeitermassen, das war aber auch der Kampfesmut des Proletariats, das war die Sprache der roten Einheitsfront gegen Hunger, Verelendung und Krieg, hatte Kerndorfe, zwingende Logik, revolutionären Sinn, untrügelige Hoffnung auf den revolutionären Ausweg aus der Krise durch die Sozialisten beherrschten die Wohlfahrten des Genossen Schneller. Mit aller Eindringlichkeit zeigte Genosse Schneller die ungeheure Tragweite, die Bedeutung der Kampfhandlungen in Deutschland und daß den Kriegstreibern die große Verantwortung aufgebürdet wird. Er sprach die rote Einheitsfront gegen Kriegstreiber und weitere Verelendung ist das Gebot der Stunde.

B
esener
abe 21
sstraße
Annen-

iederl
5099
piritaose
g
Straße 19
5099
hoheck
verströme
sener
sstraße
Annen-

iederl
5099
piritaose
g
Straße 19
5099
hoheck
verströme
sener
sstraße
Annen-

iederl
5099
piritaose
g
Straße 19
5099
hoheck
verströme
sener
sstraße
Annen-

iederl
5099
piritaose
g
Straße 19
5099
hoheck
verströme
sener
sstraße
Annen-

iederl
5099
piritaose
g
Straße 19
5099
hoheck
verströme
sener
sstraße
Annen-